

„Gnade Gott, wer sich an diesem Dorf vergreift“

SPIEGEL-Redakteur Hans-Wolfgang Sternsdorff über den Streit um die Negertalsperre in Brunskappel

Engelbert Körner, 59, spricht nicht über Gefühle. Er ist ein nüchterner, zurückhaltender Mann. Ihm gehört das Sägewerk am Ortsausgang, ein Familienbetrieb mit 16 Angestellten. Körner ist in Brunskappel geboren, und seitdem lebt er hier im Dorf.

Sentimental wird er nicht. Aber er spürt genau, was sich alles verändert hat. Wenn sich heute noch der Gesangverein trifft, dann geht er nicht mehr hin: „Wissen Sie, alle diese Lieder über die Heimat, ich kann die nicht mehr mitsingen. Da kriege ich den Mund nicht auf.“

Dabei ist noch gar nicht viel zu sehen von Veränderung. Brunskappel ist das wohl schönste Dorf im Hochsauerland. Vor mehr als tausend Jahren, im Sommer 953, hatte Erzbischof Bruno von Köln, ein Bruder Kaiser Ottos I., hier eine Kapelle errichten lassen – Brunonis capella – und der Gemeinde, malerisch eingebettet in ein bewaldetes Tal, damit zugleich ihren Namen gegeben.

Deutschlands angeblich älteste Eiche, ein neunhundertjähriges Prachtexemplar, steht dort zwischen Schloß Wildenberg, ehemals Wohnsitz eines angesehenen sauerländischen Geschichtsschreibers, und dem Gasthof Rudi Senge. Viele der liebevoll gepflegten Fachwerkhäuser stammen aus dem 18. Jahrhundert. Keine Fabrik, kein Hochhaus beleidigt das Auge.

Mitten im Ort plätschert die Neger, ein Fließchen mit kristallklarem Berg-

Skandal im Negertal

Brunskappel, ein 1025jähriges Dorf mit unersetzlichen Kulturwerten, soll Talsperre werden.

Vorhandene Alternativlösungen werden bewußt nicht genutzt.

Das darf nicht sein!

Wir lieben unsere Heimat und wollen bleiben. Unterstützen Sie unseren Kampf durch ihre Mitarbeit und Ihre Unterschrift in den Protestlisten.

● Helfen Sie einer gerechten Sache zum Sieg! ●

Talsperren-Protest in Brunskappel
„Furchtbar so wat, ein Verbrechen“

wasser, in dem es von Forellen wimmelt. Hier in Brunskappel, so scheint es, ist die Welt noch in Ordnung.

Vielleicht nicht mehr lange. Dem Ort mit seiner tausendjährigen Geschichte droht jetzt der Untergang. Dorf und Kirche sollen versenkt werden – unter 45 Millionen Kubikmeter Wasser. Brunskappel und seine 400 Einwohner sollen

einer Talsperre weichen, der mittlerweile dreißigsten zwischen Bergischem Land und Sauerland. Die Planer haben den Stausee auf eine Fläche von 190 Hektar berechnet. Acht Kilometer lang soll er sein und würde das ganze Tal verschlingen.

In seinem Faltblatt mit dem Titel „Warum baut der Ruhrtalesperrenverein die Negertalsperre?“ kalkuliert der RTV unter dem Stichwort „Umsiedlung“ kurz und kaltschnäuzig: „Brunskappel – 400 Einwohner – 100 Prozent.“

Die Dorfbewohner sollen auf den Bornstein verpflanzt werden, einen kahlen Hügel zwischen dem alten Ort und der Gemeinde Wiemeringshausen. Auf dem Reißbrett ist das neue Dorf schon perfekt: grauer Beton wie landesüblich, eine Siedlung ohne Stil und Gesicht.

„Ich schlaf bald keine Nacht mehr ruhig“, der 85jährige Friedrich Schulte zittert am ganzen Leib. Mehr als ein halbes Jahrhundert hat er hier als Förster den Wald gepflegt. Jetzt soll sein Lebenswerk in den Fluten versinken. Schulte: „Eine Milchmädchenrechnung, die der RTV da aufmacht. Wasser ist doch genug da. Furchtbar so wat, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

„Teufelswerk“, wettet ein anderer Brunskappeler, „Gnade Gott, wer sich an diesem Ort vergreift.“ „Mich wird man nur als Leiche wegtragen“, sagt einer, der auch schon seit Jahrzehnten hier lebt. Und Engelbert Körner, kein Mann fürs Sprücheklopfen, erklärt ganz ruhig: „Kann sein, dann werde ich Terrorist.“

Nichts weiter als ein unpopuläres Großprojekt unter vielen und der übliche Widerstand der Betroffenen?

Der Fall Brunskappel paßt in kein Schema. Kein linker Aufrührer bastelt an irgendeinem Protest-Szenario. Die Grünen haben den Fall verschlafen. Aufgebrochen ist die Staatsverdrossenheit hier unter vornehmlich älteren Bürgern, die in ihrer Mehrheit stets CDU gewählt haben und mit ihr eigentlich für Ruhe und Ordnung sind. Doch gegen die Talsperre setzen sie sich zur Wehr.

Eine Bürgerinitiative gibt es, die mehr handelt als redet. Ernst-Georg Schaefer-Wildenberg, Finanzmakler in Düsseldorf und ein Mann von scharfer Zunge und Ver-



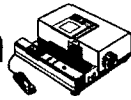
Talsperren-Areal Brunskappel: Wird das tausendjährige Dorf versenkt?

Unser Projektoren- Programm:

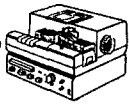


Dia-

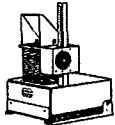
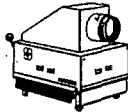
Projektoren



**Ton-Dia-
Projektoren**



Episkope



Antiskope

Overhead-



Projektoren

Mikrofilm-



Lesegeräte

und Mikrofilm-



Projektoren



Liesegang

Spezialfabrik für Projektions- und
Vergrößerungs-Geräte
Ed. Liesegang · Volmerswerther Straße 21
Postfach 5205 · D-4000 Düsseldorf 1
Telefon (0211) 39 01 - 1 · Telex 8 582 434

stand, ist ihr Vorsitzender; er bewohnt das Schloß Wildenberg in Bruns-kappel, und auch seine 280 Hektar Waldbesitz ringsum sind vom geplanten Stausee bedroht. Engelbert Körner amtiert als Stellvertreter. Am Tresen bei Rudi Senge werden Beschlüsse gefaßt.

„Wenn man mir beweist“, sagt Wilhelm Kannengießer, 70 Jahre alt, „daß das Trinkwasser knapp wird in den Städten an der Ruhr, dann gibt es gar kein Argument mehr, was dagegen sprechen kann. Dann hat der einzelne gegenüber der Allgemeinheit zurückzutreten. Aber das muß man mir erst beweisen.“

Der Mann trifft den Punkt. Der Nachweis, den er verlangt, ist nicht zu führen. Im Gegenteil: „Es gab und gibt keine Trinkwasserkrise“, heißt es auch im neuesten Jahresbericht der Wasserwirtschaft. „Was die Bedarfsentwicklung angeht, so ist mit hohen Wachstumsraten künftig nicht zu rechnen.“ Sämtliche Ämter und Verbände, die sich schon acht Jahre lang am Projekt der Negertalsperre festhalten, lassen keine Gelegenheit aus, die Betroffenen mit einer Wolke von Filz und Schwindel zu benebeln. Keine Zahl, keine Berechnung, kein Argument der Betreiber ist stichhaltig.

Für Richard Grünschlager, Regierungspräsident in Arnsberg, geht es auch schon längst nicht mehr nur um Bruns-kappel. Grünschlager sieht bereits die Prinzipien wanken: „Wenn eine solche Großbaumaßnahme am Ende vom Gericht womöglich verworfen wird, besteht die Gefahr, daß dann auch andere Großvorhaben – beispielsweise Mülldeponien – nicht mehr für genehmigungsfähig erklärt werden und wegen der Bürgerproteste nicht mehr demokratisch durchgesetzt werden können.“

Die Frage, ob es noch demokratisch zugeht, stellt sich beim Negertalsperrenprojekt in der Tat – wenn auch anders, als dem Regierungspräsidenten vorschwebt. Der Fall Bruns-kappel ist ein Lehrstück über die Spielregeln, wie sich mit Lebensinteressen und Grundrechten von Bürgern Schindluder treiben läßt, wenn sich Behörden und Wirtschaftsverbände die Bälle zuwerfen. Der Fall Bruns-kappel ist reif für eine politologische Feldstudie mit Abschreckungseffekt – zum Thema: gelebte Demokratie, wie sie nicht auf dem Papier steht.

1976 war es, als Heinz Kühn, damals noch Landesvater in Nordrhein-Westfalen, zu seinem Freund und Fraktionskollegen Grünschlager sprach: „Richard, jetzt machst du das mal.“ So wurde Freund Richard Regierungspräsident. Jemand wie er, so erzählt er selber, „hat natürlich auch viele Freunde“. Einer von ihnen ist Fritz Bergmann, Geschäftsführer beim Ruhrtalesperrenverein. Der wußte schon vorher, wer neuer Regierungspräsident in Arnsberg sein und auch, wie er über das anstehende Großprojekt entscheiden würde.

Das war wichtig, denn der RTV ist im Einzugsgebiet der Ruhr dafür verantwortlich, daß es genügend Wasser gibt.

Unterm selben Dach in Essen amtiert auch noch der Ruhrverband. Er soll für die Qualität des Wassers sorgen. Im Oktober 1976 beantragte der RTV das Planfeststellungsverfahren. Für den Standort gebe es keine Alternative.

Schon das war falsch. Ein Experte, Professor Karrenberg, hatte ein Gutachten erstellt und die Möglichkeit eines Talsperrenbaus im benachbarten, unbesiedelten Elpetal bejaht. Als Präsident des Geologischen Landesamtes stand Karrenberg auch nicht im Verdacht der Parteilichkeit für die Bruns-kappeler. Doch er ging in Pension, sein Posten wurde neu besetzt. Das Amt vertrat fortan die gegenteilige Ansicht, und das Gutachten verschwand aus den Akten.



Kläger Schaefer-Wildenberg, Körner
Kampf gegen Filz und Schwindel

Die Stadt Olsberg, in die Bruns-kappel 1975 eingemeindet worden war, votierte für Sowohl-Als-auch. Stadtdirektor Elmar Reuter: „Man fühlt sich verplant. Das Großprojekt wird uns aufs Auge gedrückt.“ Zwar stimmte die Gemeinde gegen die Talsperre, aber gegen die Planfeststellung klagen mochte sie nicht. Wie fast alle bundesdeutschen Gemeinden hat auch Olsberg ein Loch in der Kasse und ist anfällig für Geld – woher und wofür auch immer es fließt.

Obwohl eigentlich gegen die Talsperre eingestellt, trat Olsberg gemeinsam mit dem RTV auch schon einer Gesellschaft bei, die sie kräftig vermarkten soll – der „Negersee-GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft für Erholung und Sport“. Das Resultat ist absehbar. Für den Fall, daß die Talsperre doch noch kommt, wird schon mal der „Freizeitwert“ hochgepuscht. Man weiß, wie das aussieht: Würstchenstände, Bier- und Frittenbu-



RECHT AUF HEIMAT Keine Talsperre im Negertal

Bürgerprotest in Brunskappel Planung mit überholten Prognosen ...

den, Toilettenanlagen und Müllplätze – samt und sonders Errungenschaften, die alle diejenigen abschrecken werden, die wegen der Stille und Abgeschiedenheit des Hochsauerlandes heute noch dort Erholung suchen. Die Kosten für das Mammut-Unternehmen Talsperre hatte der RTV ursprünglich mit 275 Millionen Mark veranschlagt. Später war schon von 600 Millionen die Rede. Seither wird im Verein nicht gern darüber gesprochen, denn die allgemeine Kostenexplosion macht das Projekt noch unpopulärer, als es jetzt schon ist: „Wissen Sie, unser Gerät steht doch rum“, spielt RTV-Geschäftsführer Klaus Imhoff die Finanzierungsfrage herunter, „das kostet uns nichts, wir haben doch schon immer Talsperren gebaut.“

Und weil der RTV schon immer welche baute, soll sich nun ein weiterer Stausee auch über Brunskappel ergeben. Was sonst noch an Gründen dafür sprechen soll, das bringen die Betreiber vor, wie es gerade paßt – für jedes widerlegbare Argument ein neues.

„Ein Allzwecksee, ein Tausendwasser“, spottet Schaefer-Wildenberg. „Erst heißt es, das Trinkwasser geht aus“, berichtet der Vorsitzende der Bürgerinitiative, „nun ist das aber reichlich vorhanden. Dann soll es das Brauchwasser sein, das fehlt. Wer das dem RTV nicht glaubt, dem sagt man, es werde Hochwasserschutzraum gebraucht oder Freizeitwasser zum Surfen und Segeln. Wenn das nicht mehr zieht, wird vorgebracht, Verdünnungswasser sei nötig, falls es mit der Klärung der Abwässer nicht klappt.“

Vor zehn Jahren noch habe der RTV geklagt, man verfüge nur mehr über zehn Prozent Reserve, und der Zuwachs an Wasserverbrauch betrage ein Prozent pro Jahr. „Demnach“, so Schaefer-Wildenberg, „müßte das Talsperrensystem

mit seiner Kapazität jetzt am Ende sein. Statt dessen haben wir heute 20 Prozent Reserve. Da sieht man, was diese Berechnungen wert sind.“ Tatsächlich sind sie auf Prognosen aus den siebziger Jahren gestützt, die längst von der Wirklichkeit widerlegt sind. Der Wasserverbrauch steigt nicht, sondern er geht zurück. Die Bedarfszahlen sind willkürlich überhöht, Gebrauch und Verbrauch werden statistisch vermengt, Prozentanteile von Industrie und Haushalten verschleiert.

Aufgabe des RTV ist es, das der Ruhr „schädlich entzogene Wasser zu ersetzen“. Als schädlich entzogen gilt jene Menge, die dem Fluß nicht an anderer Stelle wieder zugeführt wird. Fünfzehn Kubikmeter pro Sekunde könnte der RTV schon heute der Ruhr entziehen,

men – Tendenz: weiter fallend. Von 1970 bis 1981 betrug die Abnahme in Essen 10 Prozent, in Gelsenkirchen 13,9 Prozent. Experten rechnen für die nächsten Jahre mit einer weiteren Abwanderung von 300 000 Menschen aus dem Kohlenpott. Die Zahl der Betriebe ist von 1976 bis 1981 um 15,1 Prozent zurückgegangen, die Beschäftigtenzahl um 8,3 Prozent.

Stahl und Kohle, wasserfressende Produktionszweige, verzeichnen dramatische Rückgänge, und ein Aufschwung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil – der ohnehin geschrumpfte Kohleabbau verlagert sich nach Norden und damit aus dem Versorgungsgebiet des RTV heraus.

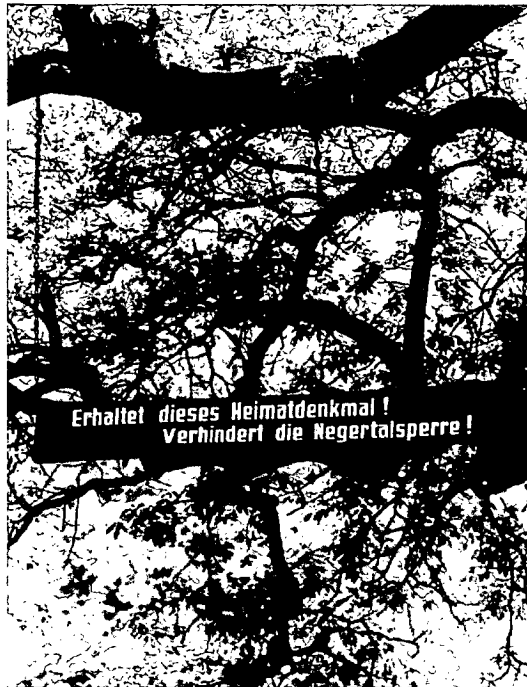
Die Gelsenwasser AG, das größte Wasserversorgungsinstitut im Ruhrgebiet, verzeichnet schon seit einigen Jahren einen kontinuierlichen Verbrauchsrückgang und macht – anders als der RTV – daraus auch durchaus kein Geheimnis.

Doch am Beispiel der Negertalsperre läßt sich ablesen, daß ein Großprojekt, dessen Planung seit Jahren betrieben wurde und inzwischen weit fortgeschritten ist, offenbar selbst dann nicht mehr zu stoppen ist, wenn alle Grundlagen dieser Planung mittlerweile hinfällig sind. Öffentliche Interessen und Investitionen sind angelegt wie Einbahnstraßen – wer plant, kann nicht irren.

Augen zu und durch – das ist auch die Devise des Arnberger Regierungspräsidenten. Grünschläger setzt noch heute auf Vollbeschäftigung an der Ruhr und schrieb das in jenen Amtsbescheid, mit dem er die Planfeststellung für die Talsperre genehmigte. Sprüche er dasselbe öffentlich aus – etwa auf einer Wahlversammlung vor den Kumpeln im Ruhrgebiet –, er könnte heilfroh sein, würde er dafür bloß ausgelacht. Auf dem Papier allerdings lassen sich Planungen schon mit Wunschen abstützen.

Weniger forsch engagiert sich der Regierungspräsident bei seiner Aufgabe, die Reinhaltung des Ruhrwassers zu überwachen. Da drückt er viele Augen zu, statt jene Betriebe, die den Fluß mit ihren Abwässern verschmutzen, mit so hohen Auflagen und Kosten zu belasten, daß es für die Firmen billiger würde, ihre Schmutzbrühe gleich selber zu klären.

Grünschläger setzt auch deshalb auf die Negertalsperre, weil sich aus dem neuen Stausee die Ruhr bei Bedarf immer dann verdünnen ließe, wenn Industrieabwässer den Fluß zu stark vergiften. Mit den vorwiegend älteren Bewohnern des tausendjährigen Brunskappel läßt sich offenbar leichter umspringen als mit der heimischen Industrie und ihrer Lobby. Doch darin könnte sich der Prä-



Bürgerprotest in Brunskappel* ... und falschen Berechnungen

doch der tatsächliche Entzug liegt nur bei zwölf, mehr wird nicht gebraucht. Was übrig ist, immerhin 20 Prozent, will der RTV nicht gern wahrhaben; er entwirft – damit das Wasser wenigstens in der Statistik knapp wird und den endlosen Talsperrenbau rechtfertigt – eine phantastische Zukunft fürs Ruhrgebiet.

Das Bruttosozialprodukt werde, so sieht das jedenfalls der RTV, von 1979 bis 1995 um jährlich 3,3 Prozent steigen. Der häusliche Wasserbedarf werde zunehmen, die Steinkohlenförderung anwachsen und „infolge anziehender Konjunktur im sonstigen industriellen Bereich bei Vollbeschäftigung“ der Wasserverbrauch erheblich ansteigen.

Nichts von alledem ist wahr. Das Bruttosozialprodukt stagniert, die Bevölkerung des Ruhrgebiets hat im letzten Jahrzehnt schon um 5 Prozent abgenom-

* An der angeblich ältesten Eiche Deutschlands.

sident noch täuschen. 62 Brunskappeler Bürger haben gegen den Planfeststellungsbeschuß geklagt und das Verwaltungsgericht angerufen.

Eingerichtet ist dieser Rechtsweg, um den Bürger vor solchen Akten öffentlicher Gewalt zu schützen, die unzumutbar in seine persönlichen Rechte eingreifen. Bei der 3. Kammer des Arnberger Gerichts stand dieser Rechtsschutz nur auf dem Papier. Im Eiltempo bügelten die Richter alle Einwände der Dorfbewohner vom Tisch und behandelten die Kläger wie Querulanten.

Kein Einwand wurde ernsthaft überprüft, keine Berechnung der Beklagten hinterfragt. Nach kurzem Prozeß, der überdies nach Ansicht sachkundiger Juristen von Verfahrensfehlern strotzt, wurde die Landesplanung kritiklos in die Urteilsgründe übernommen. Die Arnberger Richter machten sich die Sache leicht und sahen sich von der obersten Instanz zur Bequemlichkeit ermutigt. In einem Urteil von 1978 hatte sich das Bundesverwaltungsgericht nämlich zu folgender Sentenz verstiegen:

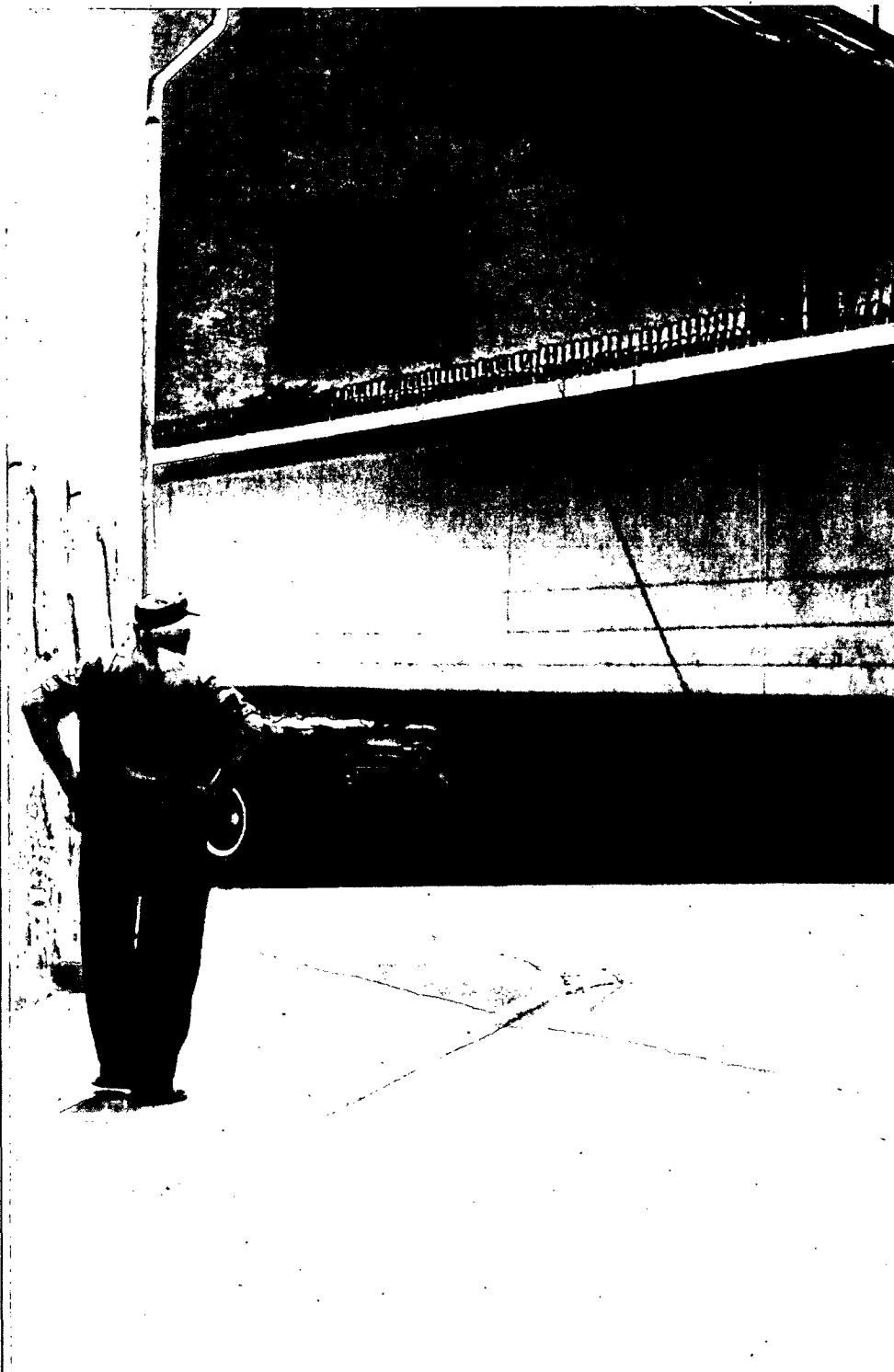
Gegenstand der gerichtlichen Prüfung ist daher die Frage, ob die der Planungsentscheidung zugrundeliegende Prognose den an sie zu stellenden Anforderungen genügt, nicht aber, ob die Prognose durch die spätere tatsächliche Entwicklung mehr oder weniger bestätigt oder widerlegt ist.

Es ist eine der wohl unsinnigsten Gerichtsentscheidungen in der deutschen Justizgeschichte. Ihr Fazit: Auch was sich als falsch erwiesen hat, soll für alle Zukunft Richtschnur sein – Hauptsache, alle Einzelposten sind richtig addiert.

„Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist ungewöhnlich schlecht“, urteilt die Dortmunder Rechtsanwältin Wiltrud Rülle-Hengesbach, die mehrere Kläger von der Bürgerinitiative vertritt, „normalerweise müßte die Sache nach Arnberg zurückverwiesen werden.“

Die Anwältin hat inzwischen Berufung eingelegt. Der Rechtsstreit um die Negertalsperre ist jetzt beim Oberverwaltungsgericht Münster anhängig. Auf den 72 Seiten der Berufungsbegründung werden die argumentativen Kunstgriffe der Talsperrenbetreiber Punkt für Punkt ad absurdum geführt – unter anderem auch die Standardformel, daß der Wasserverbrauch vor allem in Privathaushalten ansteige, was auf den Trend zu immer mehr und damit kleineren Wohnungen zurückzuführen sei, die alle sanitär oben-drein aufwendig ausgestattet würden.

Tatsächlich benutzt jede Person pro Tag im Durchschnitt 134 Liter Wasser. Exakt ein Drittel davon zur Toilettenspülung, ein weiteres Drittel für Körperpflege, Baden und Duschen. Doch kein Mensch geht öfter zur Toilette, wenn er ein Klo für sich allein besitzt, und auch nicht weniger, wenn es in Altbauhäusern noch auf dem Treppensatz eingebaut ist. Ähnlich der Wasserverbrauch beim Waschen, das auch nicht erst mit dem gekachelten Bad und der schicken Dusche in Mode kam.



Der Brummi

Eine Autobahnbrücke wird gebaut. Betonträger müssen zur Baustelle, so groß, die gehen auf kein normales Transportmittel. Wer schafft es? Der Brummi. Er hat große, starke Auflieger, die auch diese Extralast verkraften. Damit wir zu einer sicheren Brücke kommen.

Sie lösen für uns jedes Transportproblem. Die Brummi.

Wo die meisten ratlos den Kopf einziehen, packen sie noch ohne zu zögern an. Für jedes Problem haben sie einen Kniff oder den passenden Aufbau.



baut Brücken.

Sie transportieren von verderblichen bis zerbrechlichen Sachen einfach alles. Holen die Fracht im In- oder Ausland ab. Betreuen sie während des ganzen Transports genauso, wie man es wünscht. Und liefern sie genau da ab, wo man will.

Die Brummis finden in jede Stadt, in jedes Dorf und zu jedem Haus. Damit wir auf nichts verzichten müssen.



**Sie fahren für uns.
Die Brummis.**

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF)

Allenfalls Geschirrspül- und Waschautomaten haben den Wasserverbrauch in den Haushalten erhöht, doch das schlägt – mit zusammengenommen knapp 18 Prozent – kaum zu Buch.

Neben ihrer Klage in Münster haben die Brunsckappeler jetzt noch ein zweites Eisen im Feuer. Mit ihren Nöten hatte sich die Bürgerinitiative auch an den Düsseldorfer Landtag gewandt. Im Juni kam der Petitionsausschuß nach Olsberg und veranstaltete eine ganztägige Anhörung. Schaefer-Wildenberg war skeptisch: „Ein höflicher Kondolenzbesuch.“

Doch CDU-MdL Peter Daners, der als Berichterstatter die Anhörung leitete, weist den Verdacht entschieden zurück: „Für Alibiveranstaltungen bin ich nicht.“ Die fällige Empfehlung an die Landesregierung wurde schon zweimal verschoben. Noch in diesem Monat soll der Beschluß verkündet werden.

Eingeweihte halten für möglich, daß der Petitionsausschuß in das fragwürdige Zusammenspiel von Regierungspräsident und RTV mit einem reinigenden Gewitter dreinfährt. Einigen der Parlamentarier hätten sich „beim Studium der Akten die Haare gestraußt“.

Die Bedarfsrechnungen und Prognosen des RTV werden jetzt auch in Düsseldorf bezweifelt. Denkbar sei, daß der Ernährungsminister – und das ist in Personalunion derzeit Ministerpräsident Johannes Rau – auf entsprechende Empfehlung des Petitionsausschusses dem Arnberger Regierungspräsidenten die Weisung erteilt, seine Planfeststellung zu überarbeiten oder gar zurückzuziehen.

Inzwischen versucht der RTV, in Brunsckappel vollendete Tatsachen zu schaffen. Er hat einen Aufkäufer ins Dorf geschickt, der die Bewohner weicklopfen und von ihrem Widerstand gegen das Projekt abbringen soll. Schon ist die Dorfgemeinschaft gespalten. Einige haben bereits verkauft. Am Tresen bei Rudi Senge treffen sich noch immer die Standhaften, hundert Meter weiter in der Gaststätte Börger die „Heimat-Verräter“.

Verkauf oder Enteignung – die Brunsckappeler sind in jedem Fall angeschmiert. Denn geboten wird ihnen nicht neu für alt. Wer dem Druck nachgibt, bekommt nur den Zeitwert ersetzt. Wer sein Haus räumt, weil die Planer das Dorf versenken wollen, und oben auf dem Bornstein-Hügel ein neues Heim baut, der darf dafür mindestens hunderttausend Mark zuzahlen – oder sich gar für das Landeswohl verschulden.

RTV-Geschäftsführer Imhoff: „Wir sprechen für das Wasser. Andere haben für die Menschen einzutreten.“

Wiltrud Rülle-Hengesbach, die Rechtsanwältin der Bürgerinitiativler, resümiert den Fall ganz nüchtern: „Hier steht das Recht gegen die Macht. Und ob bei solchen Großprojekten das Recht seine Position behaupten kann, ist die Frage.“

Beim Beispiel Brunsckappel sind Zweifel erlaubt. ◆